

Drei Jahre nach dem Auffliegen des NSU:
Was hat sich seitdem am Staat geändert?
Was müssen wir verlangen?

Von Heribert Prantl

Seit drei Jahren ist klar, dass ein berühmter Satz von Bertolt Brecht nicht nur Bedeutung hat für den Deutschunterricht an den Gymnasien. Dieser Satz steht im Epilog des Theaterstücks „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“. Brecht transferiert in diesem Theaterstück die Hitlerei und den Nazismus in die Welt des Gangstertums. Der Satz im Epilog dieses Stücks heißt: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

Es ist dies, so hat sich vor drei Jahren grausam gezeigt, ein Satz von kriminalistischer Wahrheit. Ralph Giordano hat daraufhin bei der Jahrestagung des Bundeskriminalamts festgestellt, die Bundesrepublik sei bei der Aufdeckung der NSU-Verbrechen „aus allen Wolken ihrer Ahnungslosigkeit gefallen“. Und er fügte fragend hinzu, was gewesen wäre, wenn die von den Neonazis Ermordeten nicht kleine Leute mit Migrationshintergrund gewesen wären, sondern stattdessen hochkarätige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kirche oder Wissenschaft wie damals, in den Mordzeiten der RAF? Die Frage beantwortet sich von selbst.

Erstaunlich schnell sind Politik und Sicherheitsbehörden wieder zum Alltag übergegangen. Das Entsetzen über die Verbrechen der NSU hat sich ziemlich gelegt. Die Aufregung ist abgeflaut, der Ruf nach Konsequenzen nur noch leise. Der Bundesinnenminister hat ein paar Spitzenbeamte ausgewechselt, das war es dann. Manchmal hörte man makabre Nachrichten aus den Untersuchungsausschüssen über das unsägliches Versagen der Sicherheitsbehörden; deren Vertreter reden das dann schön. Manchmal gab und gibt es kleine öffentliche Aufwallungen, wenn bekannt wird, dass einschlägige Akten vom Verfassungsschutz vernichtet wurden. Und manchmal erinnert man sich dann an die Erregung, die das ganze Gemeinwesen zurzeit der RAF-Morde erfasste, und man wundert sich über die allgemeine Gelassenheit von heute.

Der alltägliche gewalttätige Rassismus in Deutschland ist nach Aufdeckung der Verbrechen des NSU kein großes Thema geworden. Die Bürger, die sich Neonazis entgegenstellen, erhalten nach wie vor wenig Hilfe. Wenn Neonazis couragierten Leuten zur Einschüchterung das Auto demolieren, wird das von der Polizei wie eine ganz normale Sachbeschädigung behandelt. Die Morde der NSU haben – mit wenigen Ausnahmen - keine neue Sensibilität der Behörden ausgelöst.

Es gibt keine bundesweiten Anweisungen, gegen braune Gewalt mit aller Energie vorzugehen. Es gibt keine neuen Prioritäten in der Politik der inneren Sicherheit. Es gibt keine starken Indizien für neue Verve, für neue Tatkraft, für neue Courage im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Man tut so, als seien die NSU-Morde das eine – und die alltäglichen Gewalttätigkeiten gegen Ausländer etwas ganz anderes. Gewiss: Untersuchungsausschüsse haben wackere Arbeit geleistet, der U-Ausschuß in Thüringen vor allem. Aber: Was waren, was sind die Konsequenzen?

Ausländerfeindliche Verbrechen sind zu oft und zu lange mit bagatellisierenden Vokabeln belegt worden – das waren „Vorkommnisse“, das war „Randale“. Vielleicht muss man das als trauriges Vorspiel sehen, wenn man fragt, wie es sein konnte, dass brauner Terror unentdeckt blieb – und auch noch weiter unentdeckt geblieben wäre, wenn zwei Täter sich nicht selbst umgebracht hätten. Die Mordserie, derer sie sich in einem Video brüsten, mag an RAF-Zeiten erinnern. Aber es ist dies eine falsche Erinnerung. Von der Existenz der RAF wusste jeder. Von der braunen „Zelle Zwickau“ wusste keiner, ausgenommen vielleicht der thüringische Verfassungsschutz.

Die RAF wurde mit gewaltiger staatlicher Anstrengung verfolgt. Von solch gewaltiger staatlicher Anstrengung bei der Verfolgung des Rechtsterrorismus ist nichts bekannt. Unser Gemeinwesen, unser Staat hat die braune Gewalt nicht ernst genommen. war es so: Linksextreme galten als hochgefährlich, Rechtsextremisten tat man mit einer Handbewegung ab. Umtriebe von rechts wurden als Kinderei und Blödheit entschuldigt.

Vor 22 Jahren hat man die frevlerische staatliche Indolenz in Rostock-Lichtenhagen drei Tage und fünf Nächte lang ganz krass beobachten können. Es war im August 1992. Seit den Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen wissen Ausländer, dass es besser ist, wenn sie nicht im deutschen Osten leben. Die Drohkulisse steht bis heute: In Ostdeutschland gibt es nur ein Prozent sichtbare, also nicht weiße Minoritäten. Ostdeutschland, Berlin ausgenommen, ist weitgehend ausländerfrei. Der größte Erfolg der Neonazis in Deutschland war nicht ihre zeitweise Präsenz in Landesparlamenten, sondern dieses Faktum: Unter den Migranten gilt Ostdeutschland als No-go-Area. Staat und Politik haben es in zwei Jahrzehnten nicht geschafft, das Klima zu wenden.

Die Historiker Etienne Françoise und Hagen Schulze haben ein beliebtes dreibändiges Werk herausgegeben, das „Deutschlands Erinnerungsorte“ heißt. Man findet darin die Paulskirche und den Reichstag, die Wartburg und das Bauhaus, das Bürgerliche Gesetzbuch und den Volkswagen, den Schrebergarten, den Führerbunker und Neuschwanstein. Rostock-Lichtenhagen findet man darin nicht. Hoyerwerda auch nicht. Das sind Erinnerungsorte besonderer Art, weil sie nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart stehen. Zu diesen Erinnerungsorten zählt auch Eberswalde. Im November 1990 griff ein rechtsradikaler Mob in Eberswalde Afrikaner an, der Angolaner Amadeu Antonio wurde derart malträtiert, dass er elf Tage später starb. Seinen Namen trägt heute eine Stiftung, die gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit arbeitet.

Wie bekämpft man Rechtsextremismus? Es gibt, auch bei aufrechten Demokraten, einen merkwürdigen Glauben daran, dass es genügt, die richtige Gesinnung zu haben. Aber: Moral allein genügt noch nicht. Es genügt auch nicht der neue Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht. Was braucht man wirklich, um Rechtsextremismus zu bekämpfen?

Man braucht Leute, nicht hunderte, sondern tausende und zehntausende von Menschen die sich trauen, die in mühseliger Alltagsarbeit in die Schulen gehen, in die Jugendzentren, in die Behörden und zur Polizei. Man braucht Leute, man braucht Projekte, ob diese nun "Wehret den Anfängen" heißen, oder "Buntes Leben"; man braucht Leute, die Workshops, Demonstrationen, Konzerte, Aufklärungskampagnen machen, man braucht Leute, die einer braunen Alltagskultur offensiv entgegenreten.

Dabei dürfte es diesen Leuten manchmal fast im Wortsinn so ergehen, wie es in einem berühmten Film- und Buchtitel steht: Allein gegen die Mafia. In dieser Situation zu bestehen ist ein Akt hoher Zivilcourage. Wo die Mitte der Gesellschaft braun schillert, gilt oft als Nestbeschmutzer nicht der, der das Nest beschmutzt, sondern der, der es säubert.

„Vor dem Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher“, hat Hannah Arendt einmal voller ironischem Pessimismus gesagt. Das gilt für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit genauso. Vor Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist man nur noch auf dem Monde sicher. Umso wichtiger sind die Versuche, den Mond auf die Erde zu holen. Das ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft.

Sie, die Zivilgesellschaft, Sie, WIR ALLE, also nicht die Behörde mit diesem Namen, SIE sind der wahre Verfassungsschutz.